

**Den Nazis
entgegentreten!**

Mitfahrmöglichkeit zur Demo
in Dresden, 13.2., 10/13 Uhr,
Anmeldung: ☎ 24 009 289



Christina Emmrich und Dr. Andreas Prüfer
vor dem ersten Spatenstich für IKEA
am 13. Januar an der Landsberger Allee

Foto: Jörg Rückmann

Auf uns wartet viel Arbeit

Von Christian Petermann

Es brauchte nicht das Jahr 2010, damit die Konsequenzen der mit dieser Jahreszahl verknüpften Agenda sichtbar wurden. Dies geschah jedoch anders als 2003 von Rot-Grün gedacht. Die Agenda 2010 erzeugte vor allem eines: wachsende Ungerechtigkeit im Land und Armut per Gesetz. Gleichzeitig ist dadurch der Begriff Agenda auf unbestimmte Zeit unbrauchbar gemacht worden. So will ich lieber von einem Arbeitsprogramm 2010 sprechen, denn die Frage bleibt: Was hat die Fraktion der LINKEN in der BVV 2010 praktisch vor?

Auch hier verfolgt uns die Agenda 2010. Sind es doch neben den Betroffenen vor allem die Kommunen und damit auch der Bezirk Lichtenberg, die als erste die Konsequenzen der Umverteilung von unten nach oben spüren. Nun kann Kommunalpolitik keine Bundestrends aufheben. Gleichwohl haben wir aber die berechtigte Hoffnung, dass das mit dem Haushalt 2010/11 erstmalig aufgelegte 250 000-Euro-Programm hilft, die fatalen Folgen von Armut wenigstens teilweise zu verringern. Aus der berechtigten Hoffnung soll nun Gewissheit werden. Deshalb wird unsere Fraktion die „Projekte aufsuchender Familienarbeit“ in den drei Kiezen begleiten. Unsere Aufmerksamkeit verdient auch das in Rummelsburg zu errichtende Biomassekraftwerk. Eine faktische Müllverbrennungsanlage werden wir nicht akzeptieren.

Weitere Vorhaben sind geplant. Sie alle sollen Schritte auf dem Weg Lichtenbergs zur Bürgerkommune sein. Eine Klausurtagung im März wird für die verbleibende Wahlperiode Klarheit schaffen.

Engagiert für die Wirtschaft

Die LINKE steht seit Jahren in Verantwortung, attraktive Bedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung im Bezirk zu schaffen. Für den linken Wirtschaftsstadtrat gehört dazu vor allem eine kompetente Verwaltung zur aktiven Betreuung von Unternehmen für die Lösung tagtäglicher Probleme.

Hierbei wollen wir im neuen Jahr auch neue Wege gehen. Mit dem gemeinsamen Unternehmensservice des Bezirkes und der Berlin Partner GmbH wird ab Februar 2010 im Rathaus Lichtenberg noch mehr Kompetenz und Schlagkraft für regionale Wirtschaftsförderung geboten. In der Zusammenarbeit werden die vorhandenen Netzwerke strategisch genutzt, um Unternehmen mit maßgeschneiderten Angeboten bei ihren Wachstums- und Entwicklungsstrategien zu helfen.

Der erste Spatenstich für IKEA wird nach den jahrelangen Bemühungen unseres Bezirksamtes für die Entwicklung an der Landsberger Allee eine Initialzündung sein – nicht

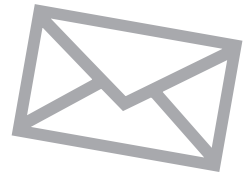
nur für das dort geplante Fachmarktzentrum. Verabredungen mit IKEA zur Einbeziehung ansässiger Unternehmen und von Arbeitskräften aus der Region waren mein wichtigster Beitrag dazu, Mehrwert für den Bezirk aus der Ansiedlung zu ziehen.

Schwerpunkt der Arbeit in den nächsten Jahren bleibt, das größte zusammenhängende Gewerbeareal Berlins – von der Herzberg über die Rhinstraße bis nach Marzahn – durch eine Vielzahl von Aktivitäten noch attraktiver zu machen. Gemeinsam mit Marzahn-Hellersdorf arbeiten wir an der Entwicklung dieses Zukunftsstandortes. Hier ist der optimale Ort für produzierende Unternehmen: ausreichend Platz, eine gute Lage, eine Top-Infrastruktur und eine engagierte Wirtschaftsförderung. Dafür werben wir, und wir werden die Bedingungen vor Ort weiter verbessern. Berlin Eastside – der Standort für Unternehmen soll als unverwechselbare Marke in die Welt.

Dr. Andreas Prüfer, Wirtschaftsstadtrat

In dieser Ausgabe

- DIE LINKE mit Zukunft? (Seite 3)
- Kultur trotz Rotstift (Seite 4)
- Bericht von der Hauptversammlung der LINKEN (Seite 5)
- Schulreform in Berlin (Seite 6)
- Linker Gegenpol zu Schwarz-Gelb (Seite 7)



„Die Bildung liegt am Boden“



Foto: Dieter Voigt

Seit dem 19. November 2009 hielten auch die Studenten der Katholischen Hochschule für Sozialwesen in Karlshorst einen Hörsaal besetzt und beteiligten sich an den europaweiten Protesten gegen die Bildungsmisere, die mit den Beschlüssen von Bologna verstärkt wurde. Die Studenten fordern eine stärkere Praxisorientierung des Studiums, geringere Reglementierung, allgemeine Verbesserung der Studienbedingungen und mehr Mitbestimmungsrechte. Grundsätzlich kritisieren sie die allgemeine Kommerzialisierung, die Studiengebühren und die Förderung der Elitebildungseinrichtungen auf Kosten der Bildung für alle an Schulen und Hochschulen.

Die Kultusminister sagten den Protestierenden am 10. Dezember 2009 in Bonn nicht mehr zu als eine erbärmliche Aufstockung des Bafögs und einen „stressfreieren“ Bachelor, in der Hoffnung, die aufgebracht Studenten zu beruhigen. Wenn trotzdem die eingeschlagene Richtung in der europäischen Bildungspolitik beibehalten wird, werden die Studenten wieder aufstehen und sich Gehör verschaffen.

Dieter Voigt

Foto: „Die Bildung liegt am Boden“ – Protestaktion der Studenten der Katholischen Hochschule für Sozialwesen am 2. Dezember auf der Kreuzung Am Tierpark/Sewanstraße.

PRIMA – nicht mehr prima?

Als kleine Aufmerksamkeit bekamen die Mieter der PRIMA um Weihnachten stets einen Kalender mit Fotos von Gebäuden der Gesellschaft in Lichtenberg. Für 2010 gab es nichts an die Wand zu hängen, auch nichts anderes. Dafür steckte in ihren Briefkästen ein Schreiben, das ihnen mitteilte, die „Deutsche Annington“ hätte zum 1.12.2009 die Mehrheitsanteile an der PRIMA erworben. Für die Mieter ändere sich durch den Verkauf nichts. „Wir verstehen uns als sozial verantwortlicher Vermieter, der die erworbenen Wohnungen langfristig im Bestand halten will“, heißt es in dem Schreiben weiter. Und verheißungsvoll:

„Wir haben für unsere Kunden Einkaufsvorteile zum Beispiel bei UCI oder Karstadt Travel ausgehandelt.“ Und zwei Stiftungen „geben jedes Jahr mehrere hunderttausend Euro zum Beispiel für Mieter in Notsituationen oder Schulen und Kindergärten im Bestand aus“.

Mein Nachbar, mit dem ich darüber sprach, winkte ab und grünte: „Haste die Annington mal gegoogelt? Guck aber nicht nur auf deren Homepage ...“ Also habe ich mich schlau gemacht: Die „Deutsche Annington Immobilien-gruppe (DAIG)“ ist inzwischen eines der größten Wohnungsunternehmen der Bundesrepublik. Sie verwaltet etwa 260 000 Wohnungen an rund 630 Standorten. Auf dem deutschen Markt erhofft sich der Konzern eine gute Rendite, weil sich deutsche Immobilien im internationalen Vergleich meist in einem guten

Neutralität?

„In Ihren Händen halten Sie erneut ein verlässliches Nachschlagewerk und einen informativen Ratgeber zu (fast) allen Lebenslagen, für jung und alt.“ So Stadträtin Beurich in ihrem Grußwort für die diesjährigen „Blauen Seiten“ – wie immer eine sachliche Information des Sozialamtes über die sozialen Angebote im Bezirk. Und doch wollte ich meinen Augen nicht trauen! Auf Seite 13 prangt eine große Anzeige der CDU, auf Seite 21 eine der FDP. Ist das Sozialamt nicht zu parteipolitischer Neutralität verpflichtet? Selbst wenn der Inserent zahlt? Nicht einmal ihrer eigenen Partei, der SPD, hat Frau Beurich diese Ehre zukommen lassen. Geschweige denn der LINKEN – der stärksten Partei im Bezirk.

Auch in anderen Teilen erscheint mir das Heft unausgewogen – so in einer Überbetonung kirchlicher Einrichtungen oder bei der Aufstellung der Stadtteilzentren. Stehen die denn schon alle fest? Aber das bleibe einer gründlichen Analyse vorbehalten. *jg*

Partei-Primadonnen?

Wer hätte gedacht, dass wir zwanzig Jahre nach der Sprach- und Handlungsunfähigkeit der damaligen Parteiführung in der DDR schon wieder eine weitgehend sprach- und handlungsunfähige Parteiführung der LINKEN erleben mussten? Damals wollte sich die Basis schließlich nicht mehr damit abfinden – und heute? Überlassen wir wirklich einigen Partei-Primadonnen die Bühne, statt dafür zu sorgen, dass endlich politisch-programmatische Sacharbeit geleistet wird? Dafür wurde DIE LINKE gewählt! *R. Berger*

baulichen Zustand befinden, die Preise und Mieten niedriger sind und der Anteil des Wohneigentums in Deutschland bislang vergleichsweise gering ist.

Anfang Dezember berichtete „Die Welt“, die DAIG erwäge einen Börsengang in einigen Monaten. Das bedeutet weitere Profitmaximierung, zum Beispiel durch Personalabbau, Mieterhöhungen und die Auslagerung von Leistungen, durch die Privatisierung von Wohnungen und durch nicht immer nachvollziehbare Nebenkostenabrechnungen. Darüber gibt es zahlreiche Klagen, nachlesbar im Internet.

Erst hat der neue Eigentümer den Jahreskalender eingespart, Frühjahrsblüher für den Balkon zu Ostern wird es wohl auch nicht mehr geben. Woran wird als nächstes gespart?

M. Walter



Hat die LINKE eine Zukunft?

Von Gesine Löttsch, Vorsitzende des Bezirksverbandes Lichtenberg der LINKEN

Diese Frage stellte mir kürzlich ein Journalist nach unserem politischen Jahresauftakt am 11. Januar in der Berliner Kongresshalle. Ich antwortete ohne Zögern: Ja! Was macht mich so optimistisch?

Zum einen sage ich: Ganz objektiv, DIE LINKE wird gebraucht. Es muss eine Partei in diesem Land geben, die sich mit den sozialen Ungerechtigkeiten nicht abfindet. Es muss eine Partei geben, die die Sorgen und Nöte von Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen ernst nimmt und die Umverteilung von unten nach oben beenden will.

Die soziale Schere ist in den letzten 20 Jahren immer weiter auseinandergegangen. Seit dem 3. Oktober 1990 haben sich die Einkommensunterschiede in Deutschland ständig vergrößert. Von der viel beschworenen Chancengerechtigkeit kann deshalb keine Rede mehr sein. Wenn ich Kindergärten und Schulen besuche, erzählen mir Erzieherinnen und Lehrerinnen, dass es immer mehr Eltern gibt, die ihre Kinder nicht wirklich unterstützen können, dass sie für Projekttag und Klassenfahrten kein Geld haben.

Es gibt Jugendliche, die können nicht an der Jugendweihe teilnehmen, weil die Eltern das Geld dafür nicht aufbringen können. Bei Einschulungen sehe ich, dass die Schulanfänger zwar alle herausgeputzt sind, aber sich einige Eltern und Großeltern eigene Wünsche verkniffen haben. Auf der anderen Seite werden Banken, Großverdienern und Großerben immer mehr Gelder zugeschanzt. Ich kann und will mich mit diesen Zuständen nicht abfinden. Darum bin ich Mitglied der Partei DIE LINKE.

Dieser Wille zur Veränderung der Gesellschaft, zur Überwindung von Ausgrenzung, Benachteiligung und Unterdrückung – das ist es, was die Partei DIE LINKE zusammenhält. Daran werden – und dürfen – auch Konflikte und Spannungen in der Parteiführung nichts ändern. Ich halte es für unmöglich, im Detail herausfinden zu wollen und öffentlich zu diskutieren, wie es zum Vertrauensverlust innerhalb der engeren Parteiführung gekommen ist. Aber leider haben wir diese Situation jetzt. Die Partei ist nun gefordert, auf dem Rostocker Parteitag über Personen und Kon-

zepte zu entscheiden und ein Team zusammenzustellen, das sich gegenseitig vertraut.

In diesem Jahr wird es – wie auch schon 2009 – täglich Veranstaltungen geben, die sich mit 20 Jahren Deutsche Einheit befassen. Dabei werden – selbst bei geplanten Jubelveranstaltungen – Konflikte und Verwerfungen deutlich. Die vergangenen zwanzig Jahre haben nicht ausgereicht, um alle Probleme zwischen Ost und West zu lösen. Da wäre es doch geradezu ein Wunder, wenn zweieinhalb Jahre nach Gründung der Partei DIE LINKE schon alles problemlos lief. Ich glaube, wir müssen mit uns selbst etwas mehr Geduld haben, als das bisher der Fall war.

Wichtig scheint mir, dass es uns gelingt, in der LINKEN ein gutes Ost-West-Gleichgewicht zu halten. Es darf keine feindlichen Übernahmen geben und keine Versuche, die Erfahrungen der einen für wichtiger zu nehmen als die Erfahrungen der anderen. Ich glaube, wir können unendlich viel voneinander lernen. Zu diesem Lernprozess gehört auch, jeden Menschen als Individuum zu akzeptieren und keine Pauschalurteile über die vermuteten politischen Einstellungen des anderen zu fällen.

Ich bin überzeugt von der Zukunft der LINKEN, weil ich an die Vernunft und den Gerechtigkeitssinn vieler Menschen glaube.

Macht endlich konkrete Politik!

Liebe Genossinnen und Genossen des Parteivorstandes,

die augenblicklich deutlich sichtbar werden die Führungsschwäche der Partei bereitet mir größte Sorgen. Ich kann beim besten Willen nicht verstehen, wieso ihr als Parteivorstand nicht in der Öffentlichkeit die politische Auseinandersetzung mit der Regierungskoalition führt, sondern nur interne Personalquerelen die Medien füllen!

Dass Lothar Bisky im EU-Parlament und mit dem Vorsitz der Europäischen Linken gebunden ist, das musste doch seit der Europawahl klar sein, dafür konnten doch langfristig Lösungen vorbereitet und umgesetzt werden. Die Krankheit von Oskar Lafontaine war doch auch nicht erst zwei Tage vor der OP bekannt, da gehört es doch wohl zu den allerersten Pflichten als Parteivorsitzender, die Vertretung zu organisieren. Gibt es nicht Stellvertreter, die dann in Aktion treten müssten, wo sind sie denn gewählt?

Bei mir entsteht der Eindruck, es geht vielen Führungskräften offenbar nicht um die

Partei und ihre Pflichten gegenüber unseren Wählern, sondern vornehmlich um ihre persönliche Karriere! Ich bedaure diese Wertung, aber die realen Erscheinungen lassen mich zu keinen anderen Schlüssen kommen.

Völlig unklar ist für mich die Tatsache, dass Oskar Lafontaine sowohl als Spitzenkandidat und Fraktionsvorsitzender für die Bundestagswahl und zugleich als Spitzenkandidat und Fraktionsvorsitzender für die Landtagswahl im Saarland kandidieren konnte. Eine solche Ämterhäufung kann kein Mensch im realen Leben umsetzen! Dazu kommen noch die Aufgaben als Parteivorsitzender. Was haben wir von Abgeordneten, die schon über drei Monate nicht an der parlamentarischen Arbeit teilnehmen? Es ist mir unbegreiflich, weshalb sich Oskar Lafontaine in der aktuellen Situation nicht zu Wort meldet.

Ich bitte euch inständig, geht endlich zur konkreten politischen Arbeit über, beendet unverzüglich die Personalquerelen. Das sind wir unseren Wählern schuldig, sie haben Hoffnungen in uns gesetzt, wenn wir diese enttäuschen, dann verschwindet DIE LINKE von der Bildfläche, verschuldet durch ihre eigene Führung!

Rolf Schubert, per E-Mail
an den Bundesvorstand (leicht gekürzt)

Post an den Bundesvorstand

... schickten auch die Genossen aus der Basisorganisation 47. Sie schrieben u. a., sie seien beunruhigt, „dass ihr, die gewählten Vorstandsmitglieder unserer Partei, gegenwärtig kaum erkennen lasst, ob ihr willens und in der Lage seid, den lähmenden und für unseren politischen Kampf abträglichen Zustand der Partei zu überwinden. Die politische Führung der Partei ist nicht nur einzelnen Personen anvertraut, sondern dem gesamten Bundesvorstand.“

Unterschiedliche Ansichten zu Strategie und Taktik des politischen Kampfes der LINKEN seien legitim; ebenso der engagierte, aber sachliche Meinungsstreit darüber, solange er Andersdenkende nicht verteuft. „Wo ein Wille zum gemeinsamen politischen Handeln da ist, gibt es immer auch einen für alle Beteiligten gangbaren Weg!“

Wir appellieren an euch, eure Verantwortung wahrzunehmen, die die Partei euch übertragen hat, und nicht zuzulassen, dass Befindlichkeiten und Animositäten unsere politische Arbeit überlagern.“



Kultur trotz Rotstift

Obleich Kultur nur „freiwillige Pflichtaufgabe“ ist, kann für 2009 in Lichtenberg eine bemerkenswerte Bilanz gezogen werden.

Brillante Bibliotheken

Nach dem Verzicht auf den Medienetat 2009 sind die Lichtenberger Bibliotheken wieder mit 400 000 Euro ausgestattet. Ihre ungebrochene Attraktivität erwies sich z. B. mit der Jubiläumswoche, in der die Anton-Saefkow-Bibliothek kürzlich ihren 25. Geburtstag feierte. Zum UNESCO-Welttag des Buches am 23. April gibt es Aktionen in allen Bibliotheken des Bezirkes. In den Sommerferien sind Veranstaltungen für Kinder fest gebongt.

Musikschule der Zukunft

Mit Schuljahresbeginn 2009 wurden im Theater Karlshorst moderne Unterrichtsräume für die Musikschule übergeben. Das landeseigene Unternehmen HOWOGE hatte erhebliche Summen investiert. Jetzt verfügt unser Bezirk über drei moderne und zukunftsfähige Standorte der kommunalen Musikschule. Nun geht es darum, wie das inzwischen über Berlin hinaus beachtete Musikschulkonzept nachhaltig weitergeführt werden soll.

Erinnerungskultur vor Ort

Vielfältig reflektieren das Museum Lichtenberg, Bibliotheken und Galerien die Ereignisse der Jahre 1989/90, um diejenigen ins Blickfeld zu rücken, die vor Ort die Gesellschaft in Bewegung brachten. Kürzlich fand z. B. in der Paul-und-Charlotte-Kniese-Schule



Foto: Joachim Pampel

Welcher Satz gehört zu welchem Prominenten? Das Rätsel im Fraktionsbüro der LINKEN wurde zum vielbesuchten Anlaufpunkt in der Nacht der Politik am 15. Januar im Rathaus.

eine Begegnung von Vertretern der damaligen Bürgerbewegung mit Schülern statt.

Die Arbeitsgruppe Gedenktafeln des Kulturausschusses sorgt dafür, dass die Opfer des NS-Regimes und der antifaschistische Widerstand nicht ins Abseits geraten. Am 65. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus 2010 wird eine Gedenkstele für Erwin Nöldner und andere ermordete Gegner des Nationalsozialismus aus dem Viktoriakiez auf dem Nöldnerplatz eingeweiht.

Unverzichtbare Trägerbasis

Ohne das gemeinnützige Wirken von Kulturschaffenden und freien Trägern ist die Kultur im Bezirk undenkbar. Die vom Bezirkskultur-

fonds geförderten Projekte setzen neue Akzente. So führt z. B. der Theaterboxing im Rahmen des „Tages des offenen Denkmals“ im September in der Knorrbremse „Leonce und Lena“ auf. Auch die traditionellen Zuckertütenfeste werden in Zusammenarbeit mit vielen Partnern im Bezirk wieder organisiert.

Kulturelle Festpunkte

Die Kultureinrichtungen des Bezirksamtes bereiten die Lange Nacht der Bilder am 5. Juni, das Jubiläum 25 Jahre Bezirk Hohenschönhausen am 1. September und die Lange Nacht der Museen vor. Am Kulturstandort Karlshorst realisiert Lührs & Holst ab 2011 den Neubau Treskowallee 112.

Joachim Pampel

+ kurz gemeldet +++ kurz gemeldet +++ kurz gemeldet +++ kurz gemeldet +

Bürgerjurs bilden

25 000 nach dem Zufallsprinzip ausgewählte Lichtenberger werden jetzt gebeten, in einer ehrenamtlichen Jury ihres Stadtteils mitzuwirken. Diese 15-köpfigen Bürgerjurs sollen die Mittel aus den neu gebildeten Kiezfonds vergeben.

Hartz-IV-Hilfe vor Ort

An 12 Standorten im Bezirk können Sie sich Infos und Unterstützung beim Umgang mit Hartz IV holen. Die Adressen, die erstmals in der Nacht der Politik im Rathaus auslagen, sind im dortigen Büro der Linksfraktion erhältlich oder unter www.die-linke-lichtenberg.de/bvv_fraktion zu finden.

Defizite bei ABC-Schützen

Die Untersuchungen zur Einschulung im Jahr 2008 ergaben erneut Sprach- und Motorikdefizite. Jungen sind häufiger betroffen als Mädchen. Die inzwischen in sozial schwachen Regionen eingerichteten Rundtischgespräche sollen herausfinden helfen, wie diese Defizite unter Einbeziehung der Eltern sowie der Kindereinrichtungen beseitigt werden können.

Bürgerentscheid

Am 21. März 2010 findet der Bürgerentscheid „Wir wollen den ganzen Globus“ statt. Freiwillige Wahlhelfer für die 74 Wahllokale können sich beim Amt für Bürgerdienste melden (Telefon: 90 296-37 00).

Amalienorgel gefördert

35 671 Euro für zwölf Projekte vergab der Kulturbeirat Lichtenberg Mitte Dezember für die Kunst- und Kulturförderung 2010. Dazu gehört u. a. die Wiedereinweihung der Amalien-Orgel in der Kirche zur frohen Botschaft in Karlshorst.

Perestrojka im Film

Russische und baltische Filme der Perestrojka, in denen die gesellschaftlich-politische Transformation der 80er und frühen 90er Jahre künstlerisch gestaltet wird, werden vom 5. bis 7. Februar im Deutsch-Russischen Museum Karlshorst gezeigt (Programm unter Telefon 50 15 08 10).

Hauptversammlung

Die Hauptversammlung der LINKEN Lichtenberg hat auf ihrer 2. Tagung am 12. Dezember 2009 einen neuen Bezirksvorstand, die Delegierten zum 2. Bundesparteitag und die Mitglieder im Landesausschuss Berlin gewählt.

Dem neuen Bezirksvorstand (Foto) gehören an: Gesine Löttsch (Vorsitzende), Evrim Baba-Sommer und Michael Stadler (stellvertretende Vorsitzende), Christoph Bartholomäus, Michael Grunst, Karin Kuhnhold, Ulrich Kraaz, Falko Loeff, Manfred Meineke, Anja Ott, Katrin Petermann, Jens Schiller, Wolfgang Schmidt, Petra Weitling, Silke Wenk und Christina Zühlke als Mitglieder. Jens Schiller hat sein Mandat auf der konstituierenden Sitzung aus beruflichen Gründen zurückgegeben. Entsprechend Wahlprotokoll rückte Bernd Ludwig als Mitglied nach.

Die Hauptversammlung fasste einen Beschluss zur Bürgerkommune: Die öffentliche Diskussion mit Bürgerinnen und Bürgern im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Wissen, was läuft!“ soll zu einem ständigen Forum der Bürgerbeteiligung an den kommunalen Angelegenheiten entwickelt werden. Im zweiten Halbjahr 2010 wird eine Beratung des Bezirksvorstandes mit Mitgliedern und Sympathisanten in Verbänden, Vereinen und Beiräten organisiert. Ziel dieser Beratung soll sein, unseren Beitrag an der Entwicklung der Bürgerkommune in Lichtenberg einzuschätzen und Projekte zu ihrer weiteren Ausgestaltung zu beraten.

Der Bezirksvorstand lädt junge Mitglieder und Sympathisanten bis 30 Jahre zu einer gemeinsamen Beratung mit Mitgliedern der LIN-

KEN im Bezirksamt und unserer BVV-Fraktion ein. Ziel ist u.a., Mitstreiterinnen und Mitstreiter für die Lösung kommunalpolitischer Aufgaben in der BVV zu gewinnen. Mit dem Beschluss gibt die Hauptversammlung Empfehlungen an die Mitglieder der LINKEN im Bezirksamt, in der BVV-Fraktion, im Bezirksvorstand und in den Basisorganisationen, die in der weiteren Arbeit Berücksichtigung finden sollten. Die Basisorganisationen werden gebeten, eigene, im Wohngebiet und dem Umfeld wahrnehmbare und wirkende Aktionen zu organisieren.

Die Hauptversammlung unterstützt mit einem weiteren Beschluss Anliegen und inhaltliche Ausrichtung der Linksjugend [solid] Berlin zur Erarbeitung eines neuen Berliner Versammlungsgesetzes sowie das Vorhaben, dazu einen Antrag an den nächsten Landesparteitag einzureichen. Dazu soll im I. Quartal 2010 im Bezirksverband eine inhaltliche Debatte initiiert werden. *Wolfgang Schmidt*

Auf der Hauptversammlung der LINKEN gewählt:

- Delegierte zu den Parteitagen der LINKEN 2010/2011 sind: Evrim Baba-Sommer, Christina Emmrich, Michael Grunst, Bernd Ihme, Gesine Löttsch, Katrin Lompscher, Christian Petermann, Michael Stadler, Petra Weitling und Harald Wolf.
- Unsere Vertreter im Landesausschuss Berlin sind Gesine Löttsch, Michael Räßler-Wolff, Jürgen Steinbrück, Inge Uesseler und Petra Weitling. *W. S.*

Veranstaltungen

- **Montag, 8.2., 19.30 Uhr**
„Wie ist die Situation in Afghanistan wirklich?“, öffentliche Veranstaltung des Kiezverbandes der LINKEN im Ostsee-Viertel, mit Thomas Ruttig, Kopräsident des Internationalen Netzwerkes für Afghanistanstudien; Nachbarschaftshaus, Am Bel 8-10
- **Sonnabend, 13.2., 10 Uhr**
Kiezspaziergang mit Christina Emmrich durch Friedrichsfelde Süd; Treffpunkt: Volkradstraße 8
- **Montag, 15.2., 18 Uhr**
„20 Jahre plus 5 – der jüdische Kulturverein. Zwei Anfänge und ein Ende“, Klaus Lederer im Gespräch mit Dr. Irene Runge; Salon Cuba Klassik, Leipziger Straße 61
- **Dienstag, 16.2., 19 Uhr**
Tagung des Bezirksvorstandes; Geschäftsstelle, Alfred-Kowalke-Straße 14

Mit politischem Profil

Sehr nachdrücklich möchte ich unterstützen, was Gesine Löttsch im ND-Interview (7.1.10) zum Ausdruck brachte: Es gilt, konstruktiv die Partei nach vorn zu bringen. Gegen Schwarz-Gelb müssen dringend neue Mehrheiten mit der SPD und den Grünen gewonnen werden. Dafür ist ein deutliches politisches Profil unabdingbar. Denn DIE LINKE muss bei allen notwendigen Kompromissen – in Regierung oder Opposition – unterscheidbar sein von den anderen Parteien. In der Debatte um das Parteiprogramm der LINKEN wünsche ich mir:

- eine klare Aussage zu einem kollektiven Sicherheitssystem Europa, alternativ zur wachsenden Militarisierung der EU.
- angesichts des bevorstehenden 65. Jahrestages der Befreiung vom Hitlerfaschismus, dass der Öffnung Deutschlands nach Westen auch die Öffnung nach Osten folgt, also die Einbeziehung Russlands in ein kollektives Sicherheitssystem in Europa.
- eine klare Positionierung der LINKEN zur nationalen Frage, die längst überfällig ist. Denn die Zeit vor der doppelten deutschen Staatsgründung war geradezu eine Hochzeit der besten Denker, die über die Jahre des Faschismus ihre Visionen von einem demokratischen Deutschland hochhielten und sich nicht scheuten, sie der Nachkriegsöffentlichkeit zu unterbreiten. Überlassen wir die nationale Frage nicht länger den Rechten! *Marga Voigt, BO 40/1*



Foto: Klaus Singer

Schulstrukturreform contra Gemeinschaftsschule?

Peter-Rudolf Zotl im Gespräch mit Steffen Zillich



● Ist die Schulreform das „siegreiche Kontrastprogramm“ zur Gemeinschaftsschule?

Nein. Die freiwillige Pilotphase zur Einführung der Gemeinschaftsschule und die Schulreform sind zwei einander ergänzende Wege zum gleichen Ziel. Mit elf Jahren muss und darf nicht mehr über Schulabschluss und Berufsperspektive entschieden werden.

Die Schulen, die sich auf den Weg gemacht haben, Gemeinschaftsschulen zu werden, sind anerkannt und begehrt und zeigen – obwohl noch so jung – eine absolut erfreuliche und teilweise rasante Entwicklung. Die Schulreform schafft die Hauptschulen ab. Aber nicht nur das: Mit der integrierten Sekundarschule wird eine Schule geschaffen, die sich als Schule für Kinder aller Leistungsvoraussetzungen versteht. Sie führt zu allen Abschlüssen bis hin zum Abitur. Sie übernimmt damit viele Elemente der Gemeinschaftsschule.

● Warum hat Rot-Rot nicht gleich die Gemeinschaftsschule als flächendeckende Regelschule eingeführt?

Nach dem Pisa-Schock wurde das gegliederte Schulsystem von den Bildungsministern zunächst für unantastbar erklärt. Das haben wir in Berlin aufgebrochen. Der Notwendigkeit, die Struktur zu ändern, widerspricht inzwischen kaum noch jemand. Die Überwin-

nung eines Schulsystems, das einige privilegiert und viele benachteiligt, ist seit Jahrzehnten erfolglos versucht worden. Und auch jetzt stehen wir vor dem Dilemma, dass die sofortige Einführung der Gemeinschaftsschule für alle Kinder derzeit politisch, aber auch gesellschaftlich nicht durchsetzbar ist. Deshalb müssen wir schrittweise vorgehen, wobei die Gemeinschaftsschule zeigt, wohin die Entwicklung noch gehen muss.

● Bietet die Schulreform auch Chancen für eine überzeugende Ausprägung der Gemeinschaftsschule?

Elemente der Gemeinschaftsschule – z. B. das gemeinsame Lernen von Kindern mit unterschiedlicher Leistungsvoraussetzung – werden mit der integrierten Sekundarschule auf das gesamte Schulsystem ausgeweitet. Lehrer werden darauf vorbereitet. Immer mehr machen die Erfahrung, dass das, was bisher als undenkbar galt, normal ist und gut funktioniert. Wenn die Schulreform gelingt, stärkt das auch die Kraft für weitere Entwicklungen zur Gemeinschaftsschule.

Zugleich bekommen die Gemeinschaftsschulen eine neue Funktion. Sie können zu Beispielen und Motoren der Reform werden, weil sie beweisen, wie eine Entwicklung zu einer Schule für alle funktioniert.

Unsere Sprechstunden

So sind die Lichtenberger Vertreter im Berliner Abgeordnetenhaus zu erreichen:

- **Evrin Baba-Sommer:**
☎ 0172-39 25 870, nach Vereinbarung (unter 0177-17 68 633)
- **Marion Platta:** ☎ 0170-698 92 55, 11. Februar, 17 Uhr, LibeZem, Rhinstraße 9
- **Giyasettin Sayan:** ☎ 0171-703 01 63, 3. März, 17 Uhr, KULTSchule, Sewanstraße 43 (mit Rechtsanwältin Birgit Stenzel), und montags, 13 Uhr, Abgeordnetenhaus
- **Dr. sc. Peter-Rudolf Zotl:**
☎ 0151-1560 2356, 1. März, 17 Uhr, Abgeordnetenhaus, Zimmer 417 a, sowie 24. Februar, 17 Uhr, Sozialer Treffpunkt „Lebensnetz“, Anna-Ebermann-Straße 26
Wir kommen auch gern in Basis- und Bürgerveranstaltungen. **Ladet uns ein!**

Steffen Zillich, bildungspolitischer Sprecher der LINKEN im Abgeordnetenhaus, wirbt für die Gemeinschaftsschule

Aus der Fraktion

- Vom 23. – 26. Februar findet am Döllensee eine Klausur der Linksfraktion zu den Schwerpunkten bis 2011 statt – im Mittelpunkt wird die soziale Stadtentwicklung stehen.
- Die Fraktion DIE LINKE will die Berliner S-Bahn als Ganzes erhalten und wieder in kommunale Verantwortung nehmen. Rekommunalisierung schafft Zukunft.
- Alle Polizisten im Einsatz sollen namentlich gekennzeichnet werden. Die Polizeigewerkschaft ist dagegen. DIE LINKE präferiert den Kompromiss einer Kennzeichnung durch individuelle Nummern.
- Das Bundesverfassungsgericht hält zehn Einkaufs-Sonntage in Berlin für akzeptabel. Deshalb sieht der Senat wenig Anlass, diese Anzahl einzugrenzen. Über deren Aufteilung wird mit allen Betroffenen beraten.
- Senatorin Carola Bluhm hat zum 1. Januar ihr Abgeordnetenmandat niedergelegt. Nachgerückt ist die Juristin Kadriye Karci.

Gegenpol

Von Gesine Löttsch, MdB

Jedes Jahr, wenn über den Jahresauftakt von CSU und FDP aus Wildbad Kreuth und Stuttgart berichtet wurde, stelle wahrscheinlich nicht nur ich mir die Frage: Und wo bleibt der Jahresauftakt der LINKEN? Gewiss, ein wichtiges Treffen findet an jedem zweiten Sonntag im Januar statt. Doch dieses Treffen ist weit mehr als ein Treffen der Partei DIE LINKE – obwohl wir es seit vielen Jahren organisieren. Wir wollen aber die unterschiedlichsten Menschen, die an diesem Tag nach Friedrichsfelde kommen, nicht vereinnahmen.

In diesem Jahr wurden uns nun besonders viele Fragen über die Partei DIE LINKE und ihre aktuellen Wirkungsmöglichkeiten gestellt. Erinnern wir uns: Viele Anhänger von mehr oder weniger linken Parteien waren schockiert, als am 27. September 2009 eine Mehrheit für Schwarz-Gelb zustande kam. Selbst CDU, CSU und FDP wirkten überrascht, dass ihre immer wieder beschworene „Wunschkoalition“ möglich wurde.

Wider irrationale Steuersenkungen

Darum haben wir als Fraktion am 11. Januar zum politischen Jahresauftakt in die Berliner Kongresshalle eingeladen. Das Interesse unserer Anhänger war groß. Trotz Schnee- und S-Bahn-Chaos fanden über 700 Menschen den Weg in die Mitte Berlins. Ich sagte zur Begrüßung, dass dies für ihren Orientierungssinn spricht. Und Orientierung können sie zu Recht von Parteivorstand und Fraktion erwarten.

Eines unserer zentralen Anliegen ist, dass wir uns gegen die irrationale Steuersenkungspolitik der FDP stellen. Die Kommunen kön-

nen jetzt viele ihrer Aufgaben nicht mehr erfüllen. Wir müssen die „Mehr-Netto-vom-Brutto-Lüge“ der FDP aufdecken. Wenn wir durch die Straßen gehen, sehen wir überall große Plakate mit dem Bild Guido Westerwelles, auf denen diese Lüge verbreitet wird.

Ich bin überzeugt: Keine Krankenschwester, kein Busfahrer, keine Verkäuferin, erst recht kein Rentner und kein Hartz-IV-Empfänger wird am Ende des Jahres mehr Geld im Portemonnaie haben.

SPD und Grüne waren Türöffner

Uns als LINKE fällt die Aufgabe zu, den Wahlbetrug aufzudecken und zu zeigen, wie den Leuten das Geld aus der Tasche gezogen wird.

Am deutlichsten wird dies auf einem Gebiet, das alle direkt angeht: dem Gesundheitswesen. Zielstrebig arbeitet der ach so smarte Gesundheitsminister Rösler von der FDP auf die Einführung einer Kopfpauschale in der Krankenversicherung hin. Soziale Härten sollen über die Steuer ausgeglichen werden. Das macht einen großen Teil der Bevölkerung zum Bittsteller bei den Ämtern.

Zum anderen ist das aber Sozialpolitik nach Kassenlage. Werden die Einnahmen systematisch weiter reduziert, stehen immer weniger Mittel für den sozialen Ausgleich zur Verfügung. Leider haben SPD und Grüne mit ihrer Gesundheitsreform aus dem Jahre 2003 dieser Politik Tür und Tor geöffnet.



DIE LINKE machte auf der Grünen Woche auf das Thema Milch mit einer interaktiv rot gefleckten Kuh aufmerksam. Gesine Löttsch und ihre Kollegen Caren Lay, Karin Binder, Kirsten Tackmann (v. l.) und Alexander Süßmair (oben) stellten sich den Fragen der Besucher.

Schwerpunkte der Fraktion für 2010

Auf ihrer Klausur am 11. Januar beschlossen die Abgeordneten, sich auf folgende Aufgaben zu konzentrieren:

- Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan im Jahr 2010 durchsetzen. Den Opfern des Krieges, die fern und anonym scheinen, ein Gesicht geben und damit das Leid des Krieges deutlich machen.
- Wiedergewinnung des Öffentlichen, insbesondere durch die Rekommunalisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge.
- Dem Steuersenkungswahn von Schwarz-Gelb entgegentreten. Steuergerechtigkeit durchsetzen. Umverteilung von unten nach oben stoppen.
- Zurückdrängen der Leiharbeit und Durchsetzung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohnes. Gute Arbeit zu guten Löhnen. Mehr Rechte für Beschäftigte.
- Soziale Grundsicherung ohne Repressionen statt Hartz IV. Bessere Chancen für Kinder aus armen Familien. Kindergelderhöhung auch für Kinder aus von Hartz-IV betroffenen Familien.
- Rentensenkung stoppen, Rente erst ab 67 korrigieren. Gesetzliche Überprüfung im Jahr 2010 nutzen.
- Kampf für eine Bürgerversicherung und gegen Kopfpauschale und Kapitalstock in Pflege und Gesundheit.

Kontakt

Die Lichtenberger Bundestagsabgeordnete **Dr. Gesine Löttsch** ist erreichbar:

- Bürgerbüro, Ahrenshooper Straße 5, 13051 Berlin, ☎ 9927 0725, oder im Bundestag, ☎ 2277 1787

- **Sprechstunde:** 17. Februar, 17 Uhr, Bürgerbüro (bitte zur Sprechstunde anmelden!), außerdem können auch Termine telefonisch vereinbart werden.

Ladet sie in Basis- und Bürgerveranstaltungen ein!



Buchtipps



Klima – Umwelt – Mensch

Das Ökosystem unserer Welt ist ein komplexes Gebilde. Jeder mit ein wenig mathematischem Verständnis begreift, dass in einem derartigen geschlossenen System kein unbegrenztes Wachstum möglich ist. Aber die mittlerweile global vorherrschende, privatwirtschaftlich organisierte Produktivkraft entwickelt sich nach dem Motto: Je schneller Rohstoffe zu Abfall werden, je mehr Energie wir in Schadstoffe umsetzen, um so erfolgreicher ist die Gesellschaft.

Wir Menschen sind eine Art unter vielen. Unsere Intelligenz gibt uns jedoch die Möglichkeit, die Folgen unseres Handelns zu erkennen. Wir besitzen die Fähigkeit und das Wissen, um diese Entwicklung, an deren Schwelle das System kippen wird, aufzuhalten oder zumindest zu verzögern.

Karl Lanius, langjähriger Leiter des Instituts für Hochenergiephysik an der Akademie der Wissenschaften der DDR, vermittelt sehr verständlich auch dem Laien wichtige Erkenntnisse. Auf dem Hintergrund historischer Klimadaten und archäologischer Forschungen beschreibt er anschaulich die Klimaveränderungen der letzten 150 Jahre sowie deren Auswirkungen und mögliche Konsequenzen. Er entlässt den Leser mit dem Blick auf die offene Zukunft, für die wir alle mitverantwortlich sind. *Inge Junginger*

- Karl Lanius: „**Klima – Umwelt – Mensch. Sozial-ökonomische Systeme und ihre Überlebens-(un)fähigkeit**“, Pahl-Rugenstein 2009, 112 Seiten, ISBN 978-3-89144-420-7, 12,90 €

Achtung Zone

... so heißt ein neues Buch von Jana Hensel. Der Untertitel: „Warum wir Ostdeutschen anders bleiben sollten“. Das wird nicht als Frage, sondern als Aufgabe erkannt.

Die heute 33-jährige Autorin schrieb einmal, „Wir sind die ersten Wessis aus Ostdeutschland“ und meinte damit wohl auch den Schmerz der Zerrissenheit, die Last der doppelten Identität. Sie rechnet in sechs Kapiteln auch mit der Arroganz ab, der Osten habe sich dem Westen anzugleichen, und entdeckt auf ihren Erkundungen ostdeutsches Leben nicht als Defizite, sondern als Vorzug für bewusstes Anderssein. Statt aus Fehlern lernen, auf gemachte Erfahrungen bauen und eine eigene Sprache finden zu können, waren Ostdeutsche „einer formelhaften, übermächtigen ... Erinnerungsindustrie ausgesetzt, ... mit der wir uns Jahr für Jahr stärker um die Gegenwart herumgemogelt haben“.

Und wenn man auch nicht jeder Deutung und Schlussfolgerung von Jana Hensel zustimmen mag, bewundernswert ist allemal ihre ehrliche Neugier, mit der sie sich der offiziellen „Erinnerungskultur“ widersetzt. Ein lesenswertes Buch. *Inge Uesseler*

- Jana Hensel: „**Achtung Zone. Warum wir Ostdeutschen anders bleiben sollten**“, Piper Verlag München 2009, 188 Seiten, ISBN 978-3492-05365-5, 14,95 €

Und wo ist Ihr Tipp?

„info links“-Leser sind auch Bücherratten. Die Redaktion möchte gern wissen, was Sie gerade lesen und was Sie den Lesern unserer Zeitung als Lektüre empfehlen würden. Wenn Sie auf ein interessantes Buch aufmerksam machen wollen, schicken Sie uns ein paar Zeilen für diese Rubrik. *Red.*

Kultur im Bezirk

- **Donnerstag, 4.2., 19 Uhr**
Lesung: Heitere Geschichten übers Heiraten von Anton Tschechow, mit Gabriele Mewe und Jens-Peter Dierichs; Studio Bildende Kunst, John-Sieg-Straße 13
- **Freitag, 5.2., 10 – 12 Uhr**
„Der besondere Freitag“, mit Helga Piur; Kiezspinne FAS e.V. und Kulturring in Berlin e.V.; Schulze-Boysen-Straße 38
- **Sonntag, 7.2., 11.30 Uhr**
Führung: Haus, Garten, Ausstellung, „mies-verstehen“; Mies-van-der-Rohe-Haus, Oberseestraße 60
- **Mittwoch, 10.2., 19 Uhr**
Gastspiel der Bremer Shakespeare Company mit: „Smells like teen spirit“; Theater an der Parkaue, Parkaue 29
- **Donnerstag, 11.2., 19 Uhr**
Ausstellungseröffnung: Jean Kirsten, „Mehr Licht“; galerie im ratskeller, Möllendorffstraße 6, geöffnet Montag bis Freitag von 10 – 18 Uhr
- **Sonntag, 14.2., 19 Uhr**
Uraufführung: „Tetrascroll – ein Notizbuch zum Universum“; Theater an der Parkaue, Parkaue 29
- **Donnerstag, 18.2., 19 Uhr**
Ausstellungseröffnung: Maximilian Petersen, „Open Space“; Raum Junge Kunst, galerie im ratskeller, Möllendorffstraße 6
- **Sonabend, 20.2., 15 – 20 Uhr**
„JUKS offen“ – Kunst in Bewegung; Jugendkunstschule Lichtenberg in Hohen-schönhausen, Demminer Straße 4
- **Montag, 22.2., 19.30 Uhr**
Lesung mit Kerstin Decker: „Mein Herz – Niemandem. Das Leben der Else Lasker-Schüler“; studio im hochhaus, Zingster Straße 25
- **Mittwoch, 24.2., 19 Uhr**
Ausstellungseröffnung: Grit Wendicke, Druckgrafik, Zeichnungen; Studio Bildende Kunst, John-Sieg-Straße 13
- **Dienstag, 2.3., 19 Uhr**
Ausstellungseröffnung: „Im Dialog“ – Peter Schulz-Leonhardt und Heike Drewlow; Kulturhaus Karlshorst/Galerie Carlshorst, Treskallee 112
- **Dienstag, 9.3., 19 Uhr**
Ausstellungseröffnung: Weltfeld – Feldwelt; Galerie 100, Konrad-Wolf-Straße 99
- **Aktuelle Ausstellung im Februar:**
„115 Jahre Karlshorst – Streiflichter der Geschichte“, eine Präsentation der Geschichtsfreunde Karlshorst im Kulturring in Berlin e.V.; Kieztreff, Treskallee 64

info links

Herausgeber

DIE LINKE – Landesvorstand Berlin, Redaktionskollektiv, V.i.S.d.P. Manfred Niklas

Adresse der Redaktion

Geschäftsstelle der Partei DIE LINKE, Alfred-Kowalke-Straße 14, 10315 Berlin

Telefon: 030/512 20 47

Fax: 030/51 65 92 42

E-Mail: lichtenberg@die-linke-berlin.de

Web: www.die-linke-lichtenberg.de

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Manuskripte sinnwährend zu kürzen. Namentlich unterzeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Fall der Meinung der Redaktion. Keine Haftung oder Abdruckgarantie für unverlangt eingesandte Beiträge.

Redaktionsschluss für Ausgabe 1/10: 22.1.2010

Die nächste Ausgabe erscheint am 4.3.2010

Abgabeschluss für Texte und Fotos: 22.2.2010

Druck: Druckerei Bunter Hund

Gestaltung: Jörg Rückmann

Diese Zeitung wird durch Spenden finanziert.